

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

6. Juli 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Bei einem Selbstmordanschlag nahe dem Polizeipräsidium der Stadt Lashkar Gah in der südafghanischen Provinz Helmand kamen am 30.06.15 mindestens zwei Menschen ums Leben, Dutzende wurden verletzt.

Ebenfalls am 30.06.15 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf einen Nato-Konvoi in Kabul nahe der Botschaft der Vereinigten Staaten zahlreiche Personen verletzt.

In den Distrikten Chak und Jalrez in der zentralafghanischen Provinz Wardak griffen am 02.07.15 hunderte Taliban-Kämpfer Kontrollposten der afghanischen Sicherheitskräfte an. Sie sollen mehr als die Hälfte von diesen in Chak und alle in Jalrez erobert haben. Bei den dreitägigen Gefechten sollen mindestens 30 Aufständische, 18 Polizeiangehörige und zwei Zivilisten ums Leben gekommen sein.

Nach Meldungen von BBC kämpften in den vergangenen Wochen in mehreren Bezirken der ostafghanischen Provinz Nangarhar Taliban und Dschihadisten des IS gegeneinander. Die IS-Kämpfer, die sich Division Chorasani (Land der aufgehenden Sonne) nennen, sollen dazu aufgefordert haben, den Talibanführer Mullah Omar zu töten, da ihr Führer Abu Bakr al-Bagdadi der wahre Kalif sei. In Nangarhar lag Osama bin Ladens Bergfestung Tora Bora. In der Provinz lebt eine arabische Minderheit, die etwa 2,5 % der dortigen Bevölkerung ausmacht. Dem afghanischen IS sollen sich sowohl in Nangarhar als auch in der westafghanischen Provinz Farah unzufriedene Taliban angeschlossen haben.

Todesurteile wegen Lynchmords aufgehoben

Ein Berufungsgericht hob die Todesurteile gegen vier Männer auf, die in der ersten Instanz schuldig befunden wurden, im März 2015 in Kabul an der Ermordung einer 27-jährigen Frau durch einen Lynchmob beteiligt gewesen zu sein. Die Frau war fälschlicherweise beschuldigt worden, einen Koran verbrannt zu haben. Sie wurde daraufhin zu Tode geprügelt. Die Todesurteile gegen drei der Verurteilten wurden in Freiheitsstrafen von je 20 Jahren umgewandelt, das Urteil gegen den Vierten in eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren. In erster Instanz waren acht weitere Täter zu je 16 Jahren Haft verurteilt worden. Elf Polizisten, die dem Geschehen tatenlos zugesehen hatten, erhielten Freiheitsstrafen von je einem Jahr.

Irak

Juni 2015 bisher blutigster Monat

Die UN-Mission im Irak teilte am 01.07.15 mit, dass der Juni in diesem Jahr bisher der „blutigste Monat“ im Irak war. Bei Kämpfen, Terroranschlägen und anderen Gewaltaktionen seien mehr als 1.450 Menschen ums Leben gekommen, darunter mehr als 650 Zivilisten und 800 Sicherheitskräfte. Zu diesen zählen neben den Angehörigen der Armee auch die kurdischen Peschmerga sowie schiitische Milizen, die alle den IS bekämpfen. Beinahe 1.700 Personen seien verletzt worden. Es gibt ebenfalls Berichte über Personen, die wegen Wasser- und Nahrungsmittelmangels oder wegen fehlender ärztlicher Versorgung gestorben seien; die Angaben darüber konnten jedoch nicht überprüft werden.

IS kontrolliert Teile von Baidzhi im Nordirak

Am Abend des 04.07.15 griff der IS die Stadt Baidzhi im Nordirak an, wo sich die größte Raffinerie des Landes befindet. Er kontrolliert jetzt drei Stadtteile.

Raketen und Bombenanschläge im Fastenmonat

Auch in anderen Landesteilen kam es zu Gewaltaktionen. In der vom IS kontrollierten Stadt Ramadi, im Westirak, wurden beim Einschlag von Raketen mindestens 18 Menschen getötet. Bei mehreren Bombenexplosionen am 04.07.15 in Bagdad, Balad Ruz und Mhamoudiya (nordöstlich bzw. südlich der Hauptstadt), wurden mindestens elf Menschen (andere Quellen sprechen von 19) getötet. Die Bomben wurden abends gezündet, als sich viele Menschen zum Fastenbrechen trafen.

Syrien

Luftangriffe auf ar-Raqqa

Durch insgesamt 16 Luftangriffe der internationalen Koalition am 04.07.15 auf die IS-Hochburg ar-Raqqa soll es ihr gelungen sein, vom IS kontrollierte Strukturen und Wege zu zerstören, die der IS zum Transport von Kämpfern und Ausrüstung benutzt haben soll.

Anschlag auf al-Nusra-Front

Am 03.07.15 wurden bei einer Explosion in einer Moschee in Ariha, in der Provinz Idlib im Nordwesten Syriens, mindestens 25 al-Nusra-Front-Mitglieder, die sich zum Fastenbrechen getroffen hatten, getötet. Für den Anschlag macht die al-Nusra-Front den IS verantwortlich.

Gefechte um Tell Abjad

Nachdem es dem IS am 30.06.15 gelungen war, Gebiete im Osten der Grenzstadt Tell Abjad, die vor zwei Wochen von den kurdischen Volksschutzeinheiten erobert worden, mit Hilfe sunnitischer Kämpfer aus der Stadt erneut unter seine Kontrolle zu bringen, vertrieben kurdische Einheiten am 01.07.15 den IS abermals aus der Stadt. Die Kurden kontrollieren damit eine Region, die sich über rund 400 Kilometer an der Grenze zum Nachbarland Türkei erstreckt.

Kämpfe in Aleppo

Schwere Kämpfe soll es seit dem 03.07.15 in Teilen der Stadt Aleppo geben. Die Rebellengruppe Fatah Halab soll das von der syrischen Führung zu einer Kaserne umfunktionierte Wissenschaftliche Forschungszentrum im Westen von Aleppo erobert haben.

Syrische Armee und Hizbollah erobern Teile von Sabadani

Am 04.07.15 begannen die syrische Armee und die schiitische Hizbollah-Miliz eine Großoffensive gegen sunnitische Rebellen und eroberten Teile der Stadt Sabadani an der libanesischen Grenze. Die Stadt liegt in der Nähe der Schnellstraße zwischen Beirut und Damaskus, vor dem Bürgerkrieg gelangten über sie Waffen aus Syrien zur Hizbollah.

Israel/Syrien

UN-Mandat auf dem Golan bis Jahresende ausgedehnt

Trotz wiederholter Angriffe auf die UN-Blauhelm-Truppen hat der Sicherheitsrat den Einsatz auf den Golanhöhen verlängert. Die 15 Mitglieder des Gremiums verabschiedeten am 06.07.15 in New York einstimmig eine Resolution, die das Mandat der UNDOF-Truppe (United Nations Disengagement Observer Force) an der israelisch-syrischen Grenze bis zum Ende des Jahres verlängert. Gleichzeitig betonte das Gremium seine Besorgnis über die sich weiter verschlechternde Sicherheitslage und verurteilte die Angriffe auf die Blauhelmsoldaten. Nach dem Yom-Kippur-Krieg waren 1973 auf den Golanhöhen UN-Soldaten stationiert worden, um die Waffenruhe zwischen Syrien und Israel zu überwachen. Doch die etwa 1.200 Soldaten werden ständig in den syrischen Bürgerkrieg hineingezogen.

Jemen

Schwere Kämpfe um Hafenstadt Aden

Regierungsstreitkräfte und die schiitischen Houthi-Rebellen haben sich in den vergangenen Tagen heftige Gefechte um die Kontrolle der südlichen Hafenstadt Aden geliefert. Bei massiven Luftangriffen der arabischen Militärkoalition und Raketenbeschuss durch die Houthis wurden laut Behördenvertreter am 05.07.15 mindestens 14 Menschen getötet. Dutzende weitere Menschen starben bei Gefechten in anderen Landesteilen. Nach Behördenangaben wurden in Aden acht Menschen bei Luftangriffen der saudischen Militärkoalition getötet. Sechs weitere Menschen starben durch Raketenbeschuss der Houthi-Rebellen. Die Hafenstadt war der letzte Zufluchtsort von Präsident Abd-Rabbo Mansour Hadi, bevor er im März durch den Vormarsch der Houthis zur Flucht nach Saudi-Arabien gezwungen war. Die Stadt ist seitdem heftig umkämpft.

Vereinte Nationen erklären humanitären Notstand

Die UN haben wegen der katastrophalen Situation im Jemen den humanitären Notstand ausgerufen. Nach einem Treffen des UN-Nothilfekoordinators Stephen O'Brien mit Hilfsorganisationen erklärte UN-Sprecher Farhan Haq am 01.07.15, alle Beteiligten seien sich einig gewesen, Stufe drei hinsichtlich der humanitären Lage auszurufen. Das ist die höchste Krisenstufe. Damit steht der Jemen mit Irak, Süd-Sudan und Syrien in einer Reihe. Die Einstufung gelte zunächst für sechs Monate, erklärte Haq. Nach Angaben der UN sind derzeit mehr als 21 Mio. Menschen im Jemen akut auf humanitäre Hilfe angewiesen. Das sind 80% der Bevölkerung. Vor einigen Tagen hatte O'Brien zudem vor einer Hungersnot im Jemen gewarnt. Im Jemen finden z.Zt. schwerste Kämpfe zwischen Rebellen der schiitischen Houthi-Miliz und ihren Verbündeten auf der einen und Regierungstruppen mit Unterstützung einer saudisch geführten Militärkoalition auf der anderen Seite statt. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte zuletzt mehrfach vergeblich eine Waffenruhe gefordert.

Ägypten

IS-Angriffe auf dem Sinai

Bei Angriffen des IS auf 15 Kontrollposten der ägyptischen Armee auf dem Sinai kamen am 01.07.15 mehr als 120 Personen ums Leben. Nach Militärangaben sollen mehr als hundert Dschihadisten und 21 Soldaten ums Leben gekommen sein.

Neues Anti-Terror-Gesetz angekündigt

Nach Angaben von Justizminister Ahmed al-Sind stimmte das Kabinett einem neuen Anti-Terror-Gesetz zu, das u. a. Gefängnisstrafen für Journalisten vorsieht, die Informationen über Terroranschläge veröffentlichen, die den offiziellen Angaben widersprechen. Die Zustimmung von Präsident al-Sissi gilt als sicher.

Tunesien

Ausnahmezustand in Tunesien

Eine Woche nach dem Terroranschlag auf Touristen in Sousse verhängte laut staatlicher Nachrichtenagentur Tap Präsident Essebsi am 04.07.15 für 30 Tage den Ausnahmezustand. Während dieser Zeit haben die Sicherheitskräfte weitreichende Befugnisse. Die Versammlungsfreiheit wird eingeschränkt und die Regierung kann alle nötigen Maßnahmen zur Kontrolle der Presse und von Veröffentlichungen aller Art treffen.

Mali

Weitere Angriffe

Bewaffnete haben am 28.06.15 die südmalische Stadt Fakola angegriffen, woraufhin die Elfenbeinküste die Grenzsicherung entlang der nördlichen Grenze zu Mali verstärkt hat.

Bei einem Angriff im Nordwesten Malis (zwischen Timbuktu und Gundam) wurden am 02.07.15 mindestens sechs Soldaten der MINUSMA getötet. Zur Tat bekannte sich al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI).

Tschad

Vorgehen gegen Boko Haram

Nach dem Doppelanschlag in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena vom 15.06.15 geht der Tschad gegen Boko-Haram-Zellen im eigenen Land vor. Bei einer Razzia gegen ein illegales Waffenlager in der Hauptstadt am 29.06.15 wurden fünf Sicherheitskräfte und sechs Verdächtige getötet, als ein Extremist seinen Sprengstoffgürtel zündete. Der als Führer der Boko Haram im Tschad und Nordkamerun bekannte Fanyae (alias Mahamat Moustapha) wurde festgenommen.

Somalia

Angriffe der al-Shabaab

Bei einem Angriff der al-Shabaab auf eine Patrouille der somalischen Armee kamen nahe der südsomalischen Hafenstadt Kismayo am 29.06.15 mindestens 15 Menschen ums Leben, unter ihnen mindestens acht Kämpfer der Islamisten. Ebenfalls am 29.06.15 wurden bei einem anderen Angriff der al-Shabaab auf burundische AMISOM-Soldaten (vgl. BN vom 29.06.15) südlich von Mogadischu mehrere Personen verletzt.

Regierungseinheiten und AMISOM töten Zivilisten

Angehörige der somalischen Armee und der AMISOM sollen in der zentralsomalischen Region Galgaduud mindestens 16 Zivilisten getötet haben, unter ihnen auch fünf Lehrer einer Islamschule. Die Opfer waren angeblich zu Unrecht für al-Shabaab-Mitglieder gehalten worden.

Staatsanwältinnen ernannt

Somalias Justizminister Abdullahe Ahmed Jamaa ernannte Anfang Juli 2015 sechs Juristinnen zu Staatsanwältinnen. Besonderes Augenmerk sollen sie auf die Verfolgung von Straftaten gegen Frauen und Kinder legen. Somalia verfügt nun über mindestens 17 Staatsanwälte. Es ist geplant, in jeder Region des Landes einen Strafverfolger einzusetzen.

Nigeria

Rund 150 Tote bei Angriffen der Boko Haram auf Dörfer

Am Abend des 01.07.15 attackierten etwa 50 Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram das am Tschadsee gelegene Dorf Kukawa. Sie erschossen zunächst Gläubige, die in mehreren Moscheen beteten, meist Männer und Jungen. Anschließend töteten sie Frauen in ihren Häusern. Laut offiziellen Angaben wurden mindestens 97 Menschen getötet.

In der Nacht des 30.06.15 überfielen Kämpfer der Boko Haram die von Kukawa etwa 50 km entfernt bei der Stadt Monguno gelegenen Dörfer Mussaram I and Mussaram II und erschossen rund 50 Dorfbewohner.

Bei den Angriffen handelt es sich um die schwersten seit dem Amtsantritt von Präsident Buhai Ende Mai 2015. Laut Angaben des nigerianischen Militärs sollen im letzten Monat über 600 Boko-Haram-Kämpfer getötet worden sein.

Vielzahl von Selbstmordanschlägen der Boko Haram

Am 05.07.15 sprengte sich ein Selbstmordattentäter in der im Außenbereich (Gebiet Jigawa) der Stadt Potiskum, Bundesstaat Yobe, gelegenen Kirche Redeemed Christian Church of God in die Luft. Fünf Kirchgänger und der Pastor wurden getötet.

Am 03.07.15 griffen Boko-Haram-Kämpfer das etwa 10 km von Maiduguri entfernt gelegene Dorf Zabarmari an. Als die Einwohner zu flüchten begannen, sprengten sich sechs Selbstmordattentäterinnen miten unter ihnen in die Luft. Es soll mehrere Dutzend Todesopfer gegeben haben.

Am Nachmittag des 02.07.15 starben im Bundesstaat Borno mindestens zehn Menschen durch zwei Selbstmordattentate jeweils nahe bei Fruchverkaufsständen an der Schnellstraße von Bama nach Konduga.

Am 01.07.15 sprengte sich im Bundesstaat Borno eine junge Selbstmordattentäterin vor dem Eingang des etwa 10 km südwestlich von Maiduguri gelegenen Lepra- und Allgemeinen Krankenhauses in die Luft. Wenige Minuten später zündete ein Attentäter auf einem Fahrrad an der Umzäunung des Krankenhauses einen

am Körper getragenen Sprengsatz. Bei den Anschlägen wurden beide Attentäter getötet, zwei Personen erlitten Verletzungen.

Zwei Bombenanschläge in Jos

Am 05.07.15 detonierte in der zentralnigerianischen Stadt Jos, Bundesstaat Plateau, zunächst eine Bombe in einem Speiselokal an der Bauchi Road. Etwa vier Minuten später ereignete sich eine Explosion bei der Yantaya Moschee. Es sollen mindestens 16 Personen getötet worden sein.

Armenien

Demonstrationen setzen sich friedlich fort

Auch in anderen Städten wie Vanadzor, Gyumri, Ashtarak, Sisian, Kapan u.a. wurde friedlich gegen die Strompreiserhöhung mit kleineren Demonstrationen protestiert. In der Hauptstadt Jerewan sind die Demonstrationen ebenfalls abgeflacht. Gewalttätige Zwischenfälle soll es nicht mehr gegeben haben. Heftigere Proteste könnten wieder aufflammen, wenn die Prüfung der Strompreiserhöhung ergibt, dass diese rechtmäßig sind.

Ukraine

Lage im Osten

Nach Angaben eines Vertreters der OSZE hat sich in der vergangenen Woche die Lage in der Ostukraine deutlich verschlechtert. Entlang der Front sahen Beobachter auf beiden Seiten schweres Kriegsgerät wie Panzer und Haubitzen, zu deren Abzug sich die Konfliktparteien schon im Februar verpflichtet hatten. Im Konfliktgebiet beklagten die ukrainischen Regierungseinheiten mindestens fünf Tote, die durch eine Mine in der Siedlung Donezky ums Leben kamen, und zehn Verletzte innerhalb von 24 Stunden. Bei Verstößen gegen die Waffenruhe sind im Luhansker Gebiet mindestens zwei Zivilisten verletzt worden. Die Aufständischen warfen ihrerseits dem Militär vor, gegen die Feuerpause zu verstoßen.

Kosovo/Serbien

Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo gescheitert

Die Verhandlungen zwischen Kosovo und Serbien über die Eingliederung der serbischen Gemeinden in den kosovarischen Staat sind vorerst gescheitert. Die Premiers beider Länder konnten sich nicht auf die Bildung einer Assoziation der vier serbischen Gemeinden in Nordkosovo einigen. Serbien besteht auf exekutive Vollmachten, Kosovo will diese nicht zugestehen, weil man Angst vor einem „bosnischen Szenario“ hat, in dem der serbische Landesteil den Gesamtstaat unterlaufen kann.

Eine Einigung ist Voraussetzung für den Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien sowie für Visa-Erleichterungen für Kosovo.

Hintergrund

In dem 2013 erzielten Normalisierungsabkommen beider Staaten wurde u.a. die Bildung der sogenannten Gemeinschaft der serbischen Gemeinden in Kosovo vereinbart. Diese sollen der serbischen Minderheit mehr Autonomie ermöglichen und die bis dato von Serbien unterstützten Parallelstrukturen auflösen. Die international als historische Vereinbarung gelobte Einigung ist bisher nur teilweise umgesetzt worden. Die bereits seit einigen Jahren unter EU-Führung laufenden Bemühungen zur Normalisierung der serbisch-kosovarischen Beziehungen scheinen im Moment in eine Sackgasse geraten zu sein.

Kosovo

Premierminister erklärt Kosovo als sicher

Der kosovarische Ministerpräsident, Isa Mustafa, sprach sich anlässlich eines Besuches in Berlin am 30.06.15 gegen eine Auswanderung der kosovarischen Bürger nach Deutschland aus. „Diejenigen, die zu-

letzt gekommen sind, sollen zurückkehren. (...) Kosovo ist ein sicheres Land.“ Bundeskanzlerin Merkel kündigte verstärkte Hilfe an, um die Lebensverhältnisse in Kosovo zu verbessern.

Bundeswehreinsatz verlängert

Der Deutsche Bundestag hat am 19.06.15 einer Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr zugestimmt. Dieser wird im Rahmen der KFOR (Kosovo Force) mit einer Personalobergrenze von 1.850 Soldaten unverändert fortgesetzt. Aktuell sind 700 deutsche Soldaten im Einsatz. Die Kosten für die nächsten zwölf Monate werden auf etwa 47 Millionen Euro beziffert.

Der KFOR obliegt seit 1999 die militärische Gewährleistung eines sicheren und stabilen Umfelds. In den letzten Jahren konnte wegen der stark verbesserten Sicherheitslage die KFOR-Präsenz schrittweise reduziert werden. Von ehemals 50.000 KFOR-Soldaten sind gegenwärtig noch rund 5.000 stationiert.

China

Sicherheitsgesetz verabschiedet

Am 01.07.15 verabschiedete der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses ein neues weitreichendes Sicherheitsgesetz. Es berührt der Nachrichtenagentur Xinhua zufolge nahezu alle Aspekte des öffentlichen Lebens wie Politik, Verteidigung, Finanzen, Umwelt, das Internet sowie Kultur und Religion. Es soll einen umfassenden Rahmen für staatliches Handeln im nationalen wie internationalen Bereich schaffen, u.a. hinsichtlich strengerer Kontrolle des Internets, der Sicherung maritimer Interessen und der Terrorismusbekämpfung. Kritiker befürchten dadurch weitere Einschränkungen der Menschenrechte und eine Verschlechterung internationaler Beziehungen.